

Lauter weiße Schafe

Rudolf Walther

Die Wahlen zu den Schweizer Parlamenten (Nationalversammlung = Volksvertretung und Ständerat = Kantonsvertretung) sind so ausgefallen, wie es die meisten Prognosen vorausgesagt hatten. Alle rechneten mit minimalen Gewinnen für die stärkste Partei – die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP) des Populisten und Milliardärs Christoph Blocher: Tatsächlich gewann sie 3,3 Prozent hinzu und blieb mit 29 Prozent sowie 62 Abgeordneten die stärkste Partei. Verloren haben die drei anderen Partner in der großen Viererkoalition – allen voran die Sozialdemokraten (-3,8 Prozent), die seit 1919 mit 19,5 Prozent erstmals wieder unter der 20-Prozenthürde liegen. Die anderen beiden Koalitionsparteien – Liberale (FDP) und Christdemokraten (CVP) – verloren 2,1 bzw. 0,2 Prozent. Zu den Gewinnern gehören die Grünen, die ihren Wähleranteil von 7,7 auf 9,6 Prozent erhöhen konnten.

Die einzige große Überraschung: die Wahlbeteiligung lag seit langem wieder etwas über 50 Prozent. Diese Steigerung ist der aggressiven Wahlkampfplanung der SVP zu verdanken. Blochers Mannen schwangen die Zweihänder und polarisierten das Land. Aus einem SVP-Flugblatt: „Die Linken und die Grünen holen immer mehr gewaltbereite Ausländer in unser Land. Sie decken den häufigen Asyl- und Sozialmissbrauch von Ausländern.“ Ein SVP-Plakat zeigt drei weiße Schafe, die ein schwarzes Schaf – „den“ Ausländer – über die Schweizer Grenze schubsen. Im Frühjahr startete die SVP eine Volksinitiative für ein Verbot, Minarette zu bauen. Davon gibt es in der Schweiz bisher ganze zwei! Die SVP-Propaganda ist zwar chauvinistisch, hetzerisch und im Kern rassistisch – das bescheinigte der SVP auch die UN-Menschenrechtskommission –, aber sehr erfolgreich.

Christoph Blochers SVP, Jean-Marie Le Pens „Front National“, Frank Vanheckes „Vlaams Blok“, Rolf Schlierers „Republikaner“ (REP), Pia Kjaersgaards „Danks Folkeparti“ (DF), Umberto Bossis „Lega Nord“ (LN), Ginafranco Finis „Alleanza Nazionale“ (AN) und Jörg Haiders frühere FPÖ werden gern in einen Topf geworfen und als „neofaschistisch“, „rechtsextremistisch“ oder „rechtsradikal“ etikettiert. Im Falle der Blocher-Partei ist eine solche Zuordnung wenig sinnvoll, denn seine Wähler kommen zum geringsten Teil vom schmalen rechtsextremen Rand.

Die SVP ging aus 1917/18 gegründeten kantonalen Bauernparteien hervor, die sich 1936/37 auf nationaler Ebene zur „Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei“ (BGB) zusammenschlossen. 1971 hat sich diese Partei in SVP umbenannt. Sie ist seit 1929 ununterbrochen in der nationalen Regierung (Bundesrat) vertreten, was insofern nichts Ungewöhnliches ist, als die schweizerische Regierung immer auf einer großen Koalition beruhte und beruht. Von ihrer Herkunft her war die SVP eine vor allem auf dem Land verankerte Partei, die einen nach ihrem Selbstverständnis „bodenständigen Konservatismus“ vertrat.

Das änderte sich erst Mitte der 80er Jahre, als der Unternehmer Christoph Blocher zunächst als Chef der kantonalen SVP in Zürich, dann als Abgeordneter auf nationaler Ebene mehr Einfluss gewann. Die kantonalen Parteiorganisationen behielten jedoch im föderalistisch aufgebauten Staatswesen bis heute ein großes Maß an Auto-

nomie, die auch Blocher respektieren muss. So weigerte sich die SVP im Kanton Bern, das Plakat mit den weißen und schwarzen Schafen aufzuhängen. Trotz der medialen Wortführerschaft Blochers ist die SVP organisatorisch nicht auf eine Führerfigur zugeschnitten und wird nicht autoritär oder zentralistisch geführt. Blocher kann nicht agieren wie Berlusconi oder Le Pen.

Blocher betreibt professionelle Medien- und personality-Arbeit in eigener Sache sowie für „seine“ Schweiz. Besonders allergisch reagiert er auf Intellektuelle, die die Schweiz kritisieren. Den Schriftsteller Adolf Muschg und den Züricher Historiker Jakob Tanner erklärte er vor zehn Jahren öffentlich zu Staatsfeinden. Derlei kommt am Stammtisch immer an, deshalb betrachtet Blocher den Populismusvorwurf als Lob und Ausweis für „Volksnähe“.

Das ideologische Markenzeichen Blochers ist sein Rekurs auf ein imaginäres Schweizertum, das er mit abenteuerlichen historischen Winkelzügen direkt aus dem Mittelalter ableitet und mit neoliberalen Girlanden (freie Märkte für Waren und Kapital sowie Abschottung gegen Einwanderer) dekoriert. Der anti-etatistische Neoliberalismus Blochers verträgt sich bestens mit seiner rigiden Asyl- und Abschiebepolitik, mit der offenen Verhöhnung von völkerrechtlichen Normen im Namen „schweizerischer Werte“, mit dem Schutz für allerlei Schieber und Finanzjongleure, mit Steuergeschenken für reiche Ausländer, mit Intellektuellenhetze und kulturellem Banausentum.

Blocher hält die Schweiz für einen Glücks- und Sonderfall im korrupten und dekadenten Europa. Diesen selbstgerechten Chauvinismus bekommen Ausländer zu spüren. Auf diesem Feld trat Blocher das Erbe der 1961(!) gegründeten „Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat“ an, die jedoch eine Splittergruppe blieb. Mit seinen Parolen gegen Ausländer findet Blocher Zustimmung bei Arbeitern, Randständigen und Zukurzgekommenen, aber auch im wirtschaftlich gut situierten juste Milieu. Blocher bündelt die Kräfte des politisch verunsicherten, wirtschaftlich bedrohten und sozial vernachlässigten Arbeiter- und Kleinbürgertums mit dem ebenso biedereren wie bornierten Wohlstands-Chauvinismus derer, die sich selbst als „die guten Schweizer“ bezeichnen.

Für Schweizer Verhältnisse brachten die Wahlen vom 21. Oktober recht große Verschiebungen – die SVP gewann im Nationalrat 7, die SP verlor 9 Sitze (vor allem an die Grünen – plus 6 Sitze). Aller Erfahrung nach wird das aber nicht zu einer entscheidenden politischen Wende führen. Denn demokratiethoretisch gesehen ist die Schweizer Demokratie ein kurioses Gebilde. Mit der lehrbuchmäßigen Rollenverteilung von Volk, Parlament, Regierung und Opposition ist dem Unikum nicht beizukommen. Die Machtverteilung ist durch ein fein austariertes System der Konkordanz, d.h. der Übereinstimmung oder besser gesagt: der Kungelei, geregelt. Und das funktioniert ganz apart.

Die siebenköpfige Regierung (Bundesrat) wird zwar von beiden Parlamenten gewählt, aber ihre parteipolitische Sitzverteilung ist seit 1959 in einem „Zauberformel“ genannten, mündlich vereinbarten Gewohnheitsrecht festgeschrieben. Die sieben Regierungssitze stehen den vier „großen“ Parteien im Verhältnis von 2:2:2:1 zu. Vor vier Jahren erreichte Blocher eine neue Sitzverteilung auf Kosten der Christdemokraten, die die Wahlen verloren hatten. Momentan sitzen je zwei Vertreter der SVP, der

Sozialdemokraten (SP), der Liberalen (FDP) und nur noch ein Vertreter der Christdemokraten (CVP) in der Regierung. Nach den Wahlen von 2003 wurde eine CVP-Bundesrätin/Ministerin abgewählt, was zuvor in 135 Jahren nur einmal geschehen war. Dafür „erhielt“ die SVP bzw. Blocher einen zweiten Sitz.

Als Bundesrat/Minister gewählt zu werden, gleicht einer Verbeamtung, denn die Minister stellen sich alle vier Jahre der Wiederwahl. Das von allen Parteien respektierte Gewohnheitsrecht, niemanden abzuwählen, der weiterregieren will, sorgt für Amtszeiten von bis zu dreißig Jahren und eine Pensionsgelder sparende Zahl von Ministern – in 150 Jahren ganze 100.

Die Kräftebalance beruht nicht auf dem Modell von Parlamentsmehrheit, Regierung und Opposition. Die von beiden Kammern des Parlaments gewählten Bundesräte/Minister geben ihre Parteibücher beim Eintritt in die Regierung an der Garderobe ab. Die Regierung arbeitet nach dem Kollegialprinzip, das jedes Mitglied verpflichtet, die Mehrheitsmeinung in der Regierung gegen außen mitzuvertreten. Die Mehrheiten für ihre Gesetzesvorhaben muss sich die Regierung von Fall zu Fall im Parlament zusammensuchen. Mit Fraktionsdisziplin kann sie dabei nicht rechnen. Das ziemlich undurchschaubare Verfahren im Vermittlungsausschuss zwischen deutschem Bundestag und Bundesrat ist eine transparente Veranstaltung im Vergleich mit dem normalen Gesetzgebungsverfahren in Bern.

Es ist naiv, wenn gutmeinende Europäer meinen, Blocher sei als Minister untragbar. Es ist ganz unwahrscheinlich, dass FDP, SP und CVP Front machen gegen die SVP und Blocher abwählen. Das wäre erstens „systemwidrig“ und zweitens sind die Folgen unkalkulierbar, weil die bürgerlichen Parteien im Gegenzug die beiden sozialdemokratischen Minister kippen könnten. Auch Blochers permanente Drohung mit der „Totalopposition“ – also dem Auszug aus der Regierung – ist eine stumpfe Waffe, denn ausgerechnet der Berufs-Schweizer Blocher würde damit das „altbewährte“ Konkordanz-Modell zerstören – die sprichwörtlich heilige Kuh schlachten. „Langfristig jedoch wackelt die Konkordanz“, meint die „Süddeutsche Zeitung“ vom 22. Oktober. Die Frage ist, was – auf die Schweiz bezogen – Fristen für politische Veränderungen bedeuten. Die „Zauberformel“ für die große Koalition funktioniert seit fast 50 Jahren.

Jetzt haben Diskussionen über taktische Spielchen für die Wahl der Bundesräte im Dezember Hochkonjunktur. Ein Vorschlag lautet, die drei Dienstältesten Minister abzuwählen. Damit wäre Blocher seine zwei härtesten Gegner in der Regierung los und obendrein einen Parteifreund, der sich bei der Ausländerhetze vornehm zurückhält. Aber diesen Weg für den Durchmarsch Blochers werden die bürgerlichen Parteien FDP und CVP sowie die SP kaum mitgehen.